Nummer 213

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Dienstag, 8. Mai 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jägler, Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Reutner. Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37 — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Hochspannung in Rumänien.

Standrecht über Bukarest. — Die politische Rolle Carols.

TU Belgrad, 7. Mai.

Nach Meldungen aus Bukarest sind sämtliche ausländischen Journalisten, die sich mit dem Präsidenten der Nationalen Bauernpartei, Maniu, und den Bauernmassen aus Karlsburg nach Bukarest begeben wollten, an die Grenze abgeschoben worden. Weitere Meldungen besagen, daß es in Bukarest zwischen Militär und Bauern zu Zusammenstößen gekommen sei. Die Truppen seien in Bereitschaft und hätte alle nach Bukarest führenden Straßen besetzt, um den Anmarsch der Bauernmassen zu verhindern. Ueber Bukarest sei das Standrecht verhängt worden. Die Regierung hoffe, noch in letzter Stunde der Lage Herr zu werden.

Maniu, der gestern nachmittag im Automobil von Karlsburg nach Bukarest abfuhr, um dort die Beschlüsse des Landeskongresses dem Regentschaftsrat vorzulegen, ist von einer großen Schar seiner Anhänger auf 600 Lastautomobilen begleitet.

*

Nach einer EP-Meldung aus Bukarest wurden nach kleineren Zusammenstößen zwischen der Menge und Gendarmen eine große Anzahl von Demonstranten verhaftet. In politischen Kreisen Bukarests herrscht große Nervosität, da die weiteren politischen Ereignisse unübersehbar sind. Mit großem Interesse wird der Ankunft Julius Manius in Bukarest entgegengesehen. Es wurden strenge polizeiliche Maßnahmen getroffen, um Kundgebungen der Anhänger der nationalen Bauernpartei anläßlich der Ankunft Manius in Bukarest zu verhindern. Die Behörden haben alle Maßnahmen ergriffen, um die Verbreitung unwahrer oder für die Regierung unangenehmer Meldungen ins Ausland zu verhindern.

Kriegszustand in Siebenbürgen?

EP Budapest, 7. Mai.

Reisende, die heute früh, aus Siebenbürgen kommend, an der ungarischen Grenzstation Bekas-Gyula eingetroffen sind, erzählen, daß die Regierung in ganz Siebenbürgen den Kriegszustand proklamiert habe. Alle Ausländer, auch solche, die im Besitze einer Aufenthaltsbewilligung sind, werden ohne Rücksicht ausgewiesen. Die Grenzkontrolle wird mit äußerster Strenge gehandhabt. Alle Reisenden, die aus Rumänien nach Ungarn einreisen wollen, müssen sich einer Leibesvisitation unterziehen. Die rumänische Regierung verbreitet im In- und Auslande ein Kommuniqué, worin es heißt: „Die rumänische Regierung sei entschlossen, die Macht unter keinen Umständen freiwillig der Bauernpartei zu übergeben.

Warum England den Flug Carols verhinderte

Besorgnisse um Südosteuropa.

EP London, 7. Mai.

Die zuständigen englischen Stellen geben über die Gründe, warum sie die Abhaltung zweier Flugzeuge mit Propagandamaterial des Prinzen Carol verhindert haben, offiziell folgendes an: Sie hätten am Sonntabend davon Kenntnis erhalten, daß zwei Maschinen der „Imperial Airways" offenbar zu dem Zweck gemietet worden seien, mit dem Prinzen Carol nach Rumänien zu fliegen. Angesichts dieser Tatsache wären die Behörden nicht davon überzeugt gewesen, daß Prinz Carol die notwendigen Landungspapiere für Rumänien besitze. Daher wurden Schritte ergriffen, um den Flug zu verhindern. Zuständige Stellen betonen, daß sie jeder unnötigen Störung der politischen Lage im Südosten Europas ablehnend gegenüberstehen. Es scheint auch, daß sie besonders durch diese Maßnahme zum Ausdruck bringen wollten, daß sie mit der Propaganda des Lord Rothermere und mit einer Abänderung der rumänischen Grenzen, zurzeit wenigstens, nichts zu tun haben wollen.

Prinz Carol erklärte, daß insgesamt 200 000 Exemplare seines Manifestes in Europa gedruckt worden seien. Er würde zufrieden sein, wenn es 10 000 Rumänen erreicht hätte. Der ganze Plan sei schon vor seiner Reise nach England in Angriff genommen worden. Die englische Presse weist darauf hin, daß Prinz Carol die Gastfreundschaft Englands mißbraucht habe, wenn er auf englischem Boden einen Staatsstreich gegen eine Regierung vorbereitete, die mit der englischen Regierung auf freundschaftlichem Fuße stehe.

EP London, 7. Mai.

Der Korrespondent des „Evening News" in Bukarest meldet, daß nach Ansicht der politischen Kreise in der rumänischen Hauptstadt Prinz Carol nach dem Bauernkongreß von Alba Julia als politisch erledigt anzusehen sei. Sein Name sei während des Kongresses nie genannt worden, obwohl er einer der Gründer dieser Partei sei.

Prinz Carol veröffentlicht eine neue Erklärung, in der es heißt, er sei nicht nach England gekommen, um hier das Hauptquartier für eine Bewegung zur Zurückgewinnung des rumänischen Thrones aufzuschlagen. Es bestehe keine Verschwörung. Er habe nur an den gesunden Sinn seiner Landsleute appellieren wollen. Von der Zurückbehaltung zweier Flugzeuge mit einer Ladung Aufrufen an Bord wisse er nichts. Die Aufrufe seien seit langem vorbereitet gewesen. Er habe die Entscheidung, die Aufrufe nach Rumänien zu senden, während des Wochenendes getroffen, um anläßlich des Zusammentritts des nationalen Bauernkongresses Mißverständnisse zu vermeiden. Der Kongreß sei erfolgreich verlaufen und er sei froh darüber.

Französische Deutschenhetze in deutscher Sprache.

In Paris erscheint „Die Welt-Korrespondenz", mit der wir uns vor einiger Zeit schon einmal beschäftigten. Sie nennt sich „Unabhängiger und destunterrichteter Zeitungsdienst" und trägt als nähere Bezeichnung den Vermerk „Sonderdienst für die deutschsprachige Presse in Nord-, Mittel-, Ost-Europa und Nord- und Südamerika". Die Korrespondenz steht, wie aus ihren Artikeln, deren Deutsch oft nicht ganz einwandfrei ist, hervorgeht, in engem Zusammenhange mit dem Quai d'Orsay. Sie dient so offensichtlich der Aufhetzung der Auslandsdeutschen, daß es hieße, die Schriftleitungen der auslandsdeutschen Zeitungen beleidigen, wenn man sie vor der Welt-Korrespondenz noch warnen wollte.

Zur Kennzeichnung der Dreistigkeit, mit der man am Quai d'Orsay es wagt, die deutsche Sprache im antideutschen Sinne zu mißbrauchen, sei mitgeteilt, daß in ihrer letzten Ausgabe vom 4. Mai die „Welt-Korrespondenz" sich mit dem „gigantischen Fememord-Prozeß in der pommerischen Provinzhauptstadt Stettin" beschäftigt. Die Zusammenhänge zwischen der Schwarzen Reichswehr und den Behörden werden — übrigens ganz im Sinne der deutschen Linkspresse — charakterisiert und die deutschen Maßnahmen aus jener Zeit, die hiermit zusammenhängen, werden als „vertragswidrige, hinterhältige Gewaltpolitik" bezeichnet. Ein ganz schönes Maß von Frechheit, das dazu gehört, von deutscher Gewaltpolitik in einer Zeit zu sprechen, als die Gewaltpolitik Polens in Oberschlesien und Frankreichs an der Ruhr zu deutschen Verzweiflungsmaßnahmen geradezu drängte. Bei jedem anderen Volke wäre die Reaktion auf solche Gewaltpolitik viel elementarer gewesen.

In der gleichen Ausgabe beschäftigt sich die „Welt-Korrespondenz" mit dem Wahlergebnis in Elsaß-Lothringen. Enttäuschung und Zorn toben sich aus und entladen sich über dem Haupte des elsässischen Heimatrechtlers Abbé Haegy. „Der Friede und die Ruhe werden nur möglich sein, wenn man diesen Mann unschädlich gemacht haben wird." In deutscher Sprache wird hier zur Beseitigung eines französischen, Herrn Poincaré nicht genehmen Bürgers aufgehetzt. Das ist die friedliche und kulturell hochstehende Methode der Assimilierung Elsaß-Lothringens, von der Herr Poincaré dieser Tage in Straßburg und Metz sprach!

Poincaré über die nächsten Regierungsaufgaben.

Paris, 7. Mai.

Ministerpräsident Poincaré hielt heute in Bar le Duc bei Eröffnung des Generalrates des Maasdepartements in seiner Eigenschaft als Vorsitzender eine Rede. Er betonte eingangs, daß er, wenn er seinen persönlichen Neigungen folgen würde, schon seit mehreren Jahren auf die parlamentarische Tätigkeit verzichtet haben würde, um in seiner lothringischen Heimat die Ruhe, auf die er ein Anrecht zu haben glaube, zu genießen. Er hoffe, daß diese Ruhe nicht allzu lange auf sich warten lassen werde. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er alsdann die Notwendigkeit, alle politischen Fragen den finanziellen und wirtschaftlichen Problemen noch für mehrere Jahre unterzuordnen. Er hoffe, daß die neue Kammer die von ihm vor den Wahlen erlassene Warnung hören und daß sich in ihr eine kompakte und ständige Mehrheit bilden werde, die jede andere Erwägung der endgültigen Währungssanierung opfere. Als wesentlich bezeichnete Poincaré weiter die Reform der sozialen Gesetzgebung und die Kräftigung der Regierungsautorität. In diesem Zusammenhange trat er für eine Verwaltungs- und Steuerreform ein, da das alte hierarchische System sich überlebt habe und im Begriffe zu sein scheine, zusammenzubrechen. Zum Schlusse betonte der Ministerpräsident, daß Frankreich nur einen einzigen Ehrgeiz besitze, nämlich den, zur Festigung des Weltfriedens beizutragen, und trat für eine aufrichtige Annäherung sämtlicher Nationen, besonders derjenigen Europas ein.

Französische Nervosität.

TU Paris, 7. Mai.

In der „Action Francaise" führt Jaques Bainville über die Friedensverträge u. a. aus: Wie ein unterirdischer Fluß setze sich die Idee einer Abänderung der Friedensverträge fort. Diese Abänderung sei der wahre Inhalt der Aussprache über den amerikanischen Kriegsverzichtpakt und die französischen Vorbehalte, sie werde öffentlich erörtert, seitdem Mussolini sie für Ungarn verlangt habe. Noch kürzlich habe ein italienisches Blatt gefragt, warum denn der Vertrag von Trianon unantastbar sein solle, wenn der Vertrag von Sèvres durch den von Lausanne ersetzt worden sei. Schon damals habe man nach Ansicht Bainvilles voraussehen können, daß diese Beweisführung gegen alle Friedensverträge von 1919 angewandt werden würde.

Englands Zustimmung zum Kellogg-Pakt.

London, 7. Mai.

Der Unterhausdebatte am Donnerstag, wo der Vorschlag des Foreign Office verhandelt wird und auf der, wie erwartet wird, Chamberlain eine Erklärung über den von Kellogg vorgelegten Pakt abgeben wird, sieht man hier mit der größten Spannung entgegen. Wie verlautet, hat sich die Lage genügend entwickelt, um eine britische ministerielle Aeußerung zu rechtfertigen, die auf eine Annahme des amerikanischen Vorschlages „mit Bemerkungen aber ohne Vorbehalte" hinausläuft und die die britische Regierung gegenüber einem von Kellogg entworfenen Pakt in etwa dieselbe Lage versetzen würde, in der sich die deutsche nach ihrer Annahme des amerikanischen Entwurfes befindet. Ob noch vor der Erklärung Chamberlains eine dementsprechende Note an die Vereinigten Staaten abgesandt werden wird, erscheint für den Augenblick sehr zweifelhaft. In britischen politischen Kreisen herrscht die Auffassung, daß auch die Mächte, deren Vorbehalte ihrer Annahme des amerikanischen Vorschlages bisher im Wege standen, sich nicht länger den für eine Annahme sprechenden Tatsachen entziehen können und daß die Erläuterungen, die Kellogg kürzlich zu seinem Pakt gab, eine Annäherung in dieser Richtung erleichtert haben. Es wird kaum daran gezweifelt, daß das Endergebnis, die Unterschrift aller eingeladenen Mächte unter einem Vertrag sein wird, der dem amerikanischen Entwurf so gut wie gleich ist. Auf britischer Seite erhofft man ein solches Ergebnis besonders deshalb, weil man erkennt, daß die gesamte öffentliche Meinung im britischen Reich so gut wie geschlossen eine Annahme der amerikanischen Vorschläge fordert und weil man sich der Folgen einer Ablehnung für die Einstellung der amerikanischen Oeffentlichkeit und Politik gegenüber Europa voll bewußt ist. Diese Auffassung kommt in den Worten einer maßgebenden britischen Persönlichkeit — im Augenblick ist die amerikanische Meinung die einzige, die zählt — zum Ausdruck. Die prompte deutsche Annahme des amerikanischen Vorschlages wird aus diesem Grunde für besonders weitblickend und staatsmännisch erachtet.

— **Tod des australischen Handelsministers während einer Rede.** Wie aus Melbourne berichtet wird, ist der australische Handelsminister Prattan während einer Rede, die er auf einer Versammlung der Weiblichen Nationalpartei in einem Vorort von Sidney hielt, plötzlich zusammengebrochen und an Herzschlag verstorben. Für den heutigen Geburtstag des Ministers war ein großes Festessen vorbereitet worden.

London und Moskau.

Von unserem Londoner e-Berichterstatter.

London, 6. Mai.

Als vor 10 Jahren die von Deutschland gestellten Friedensbedingungen der Delegation der zur Macht gelangten Regierung des Sowjets in Brest-Litowsk unannehmbar erschienen, und die Sowjetdelegierten nach Moskau zurückreisten, prägte Trotzki zur Kennzeichnung der Situation das Wort: „Weder Krieg noch Frieden!" Dieses Wort paßt heute ausgezeichnet auf das Verhältnis zwischen England und Rußland. Seit dem Abbruch der Beziehungen im Sommer v. J. ist ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen den beiden Ländern von übereifrigen „Propheten" immer wieder angekündigt worden. Auch in Moskau sah man bereits die Kanonen der in der Ostsee häufig spazierenfahrenden englischen Kriegsschiffe auf Leningrad gerichtet. Doch in England denkt niemand an einen Feldzug gegen Rußland, allein schon aus dem Grunde nicht, weil es vom englischen Standpunkt aus viel wirksamere Mittel gibt als die Macht der Waffen. Trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen, tragen die englisch-russischen Beziehungen keineswegs den Charakter einer bewaffneten Neutralität, sondern viel eher den von Beziehungen zwischen kriegführenden Mächten. Zum zweiten Mal seit 1914 führt England einen „Weltkrieg" gegen einen gefährlichen Gegner auf dem Festlande, einen „Weltkrieg", weil unzweifelhaft, trotz aller Dementis und Gegenerklärungen, die englische Politik auf eine Isolierung Rußlands hinzielt, und weil England in allen Ecken der Welt — vor allem der asiatischen — im Kampfe gegen den Sowjeteinfluß steht oder zu stehen vermeint.

Es soll dahingestellt bleiben, inwieweit die in letzter Zeit deutlich erkennbare Verschlechterung der außenpolitischen Situation Sowjetrußlands allein auf englischen Einfluß zurückzuführen ist. Tatsache ist, daß die russischen Chancen in Frankreich heute nach dem Wahlsiege Poincarés im Zeichen des „Kampfes gegen Faschismus und Kommunismus" geringer sind als je. Tatsache ist weiter, daß Amerika von einer Anerkennung der Sowjetregierung noch genau so weit entfernt ist wie vor Jahren und daß das amerikanische Rußlandgeschäft, bei allem Interesse in den Vereinigten Staaten für den russischen Markt, nur eine verhältnismäßig geringfügige, von der Washingtoner Regierung überdies nicht gern gesehene Begleiterscheinung der infolge Kapital- und Produktionsüberfluß zwangsläufigen Expansionsbestrebungen der amerikanischen Wirtschaft ist. Sehr begrüßt wurde in England der Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen, wenn man sich auch in gewissen politischen englischen Kreisen ganz offensichtlich in bezug auf die Auswirkungen dieses Abbruches auf die deutsche Rußlandpolitik übertriebenen Hoffnungen hingab.

In England selbst hat sich die Einstellung gegenüber Moskau in den letzten Monaten nicht positiver gestaltet als bisher. Die Affäre der geheimen irischen Waffenlager, die mit Unterstützung der Londoner Sowjetbanken angelegt sein sollen, hat zwar nicht entfernt die Wirkung des Sinowjew-Briefes auf die öffentliche Meinung gehabt, doch zeigte ihre Behandlung im Parlament, daß die Befürchtungen wegen der bolschewistischen Propaganda noch keineswegs nachgelassen haben. Weder die Liberalen, noch die Arbeiterpartei wollen aber ihre von ihnen selbst sehr hoch eingeschätzten Wahlaussichten durch ein offenes und entschiedenes Eintreten für den „roten Feind" verscherzen. Besonders heikel ist dabei die Lage der Arbeiterpartei, deren Führer Macdonald bei der letzten Debatte über den Sinowjew-Brief im Unterhaus in eine schiefe Situation geriet. Er griff auf der einen Seite die Politik des Bruchs mit Moskau an, mußte aber gleich darauf zugeben, daß er heute im Falle des Sinowjew-Briefes, der ja fozusagen das Vorspiel zum Bruch bildete, genau so handeln würde wie damals. Die Sorge um die englische Kolonialpolitik, vor allem aber um Indien, hindert überdies die Arbeiterpartei, in deren Reihen sich so überzeugte Anhänger des Imperiumsgedankens, wie Thomas, befinden, eine offene pro-Moskau-Politik zu betreiben.

Die Golfpartie des Lord Birkenhead in Wannsee hat die Spannung zwischen London und Moskau zweifellos erheblich verschärft. Lord Birkenhead gehört zusammen mit Churchill, Joynson-Hicks, Amery und Cuffendun zum sogenannten aktiv antirussischen Flügel des englischen Kabinetts und hat aus seiner tiefen Abneigung gegen das Sowjetregime nie ein Hehl gemacht. Der Name Birkenhead hat für Moskau einen kriegerischen Klang. Es kann natürlich nicht gelingen, Moskau davon zu überzeugen, daß die Deutschlandreise Birkenheads nur dem Golfplatz in Wannsee galt. Aber auch dem unvoreingenommenen Beobachter mußte es auffallen, daß Lord Birkenhead gerade jetzt, nach dem Zwischenfall im Donezbecken und nach dem Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen das Bedürfnis verspürte, ausgerechnet in Wannsee Golf zu spielen. Nun ist Lord Birken-